

## **Gambia: Noch viele Jahre ein hohes Überschuldungsrisiko**

Gambia ist eines von derzeit 28 Ländern, welche von ihren Altschulden aus den 70er, 80er und 90er Jahren im Rahmen einer globalen Entschuldungsinitiative entlastet worden sind. Im Januar 2008 wurde dem kleinen westafrikanischen Land im Rahmen der *Heavily Indebted Poor Countries' Initiative (HIPC)* etwas mehr die Hälfte seiner Auslandsschulden gestrichen. Allerdings wurde der laufende Schuldendienst – also das, was aus den jährlichen Deviseneinnahmen für Zinsen und Tilgung aufgewendet werden muss - dadurch deutlich geringer, nämlich um weniger als ein Drittel reduziert. Mindestens bis 2013 wird das Land deshalb rund 10% seiner jährlichen Einnahmen aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen allein für den Schuldendienst aufwenden müssen – Geld, das zur Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele fehlen wird. Zurzeit ist Gambia bei fünf von acht Millenniums-Entwicklungszielen so weit im Rückstand, dass eine Erreichung bis 2015 kaum noch möglich erscheint. Zusätzliche finanzielle Spielräume sind deshalb dringend notwendig.

Das Verfehlen eines tatsächlich anhaltend tragfähigen Schuldenniveaus im Rahmen der Entschuldungs-Initiative HIPC (und der ergänzenden *Multilateral Debt Relief Initiative – MDRI* von 2005) hat mehrere Gründe:

- Zunächst waren die Grenzwerte unter der HIPC-Initiative schlicht zu hoch angesetzt. Die Initiative, deren Umsetzung Anfang 2008 erfolgte, zielte darauf, den Barwert der Gesamtverschuldung auf 150% der jährlichen Exporteinnahmen zu reduzieren. Die jüngste Einschätzung des Landes durch die Weltbank kam aber zu dem Ergebnis, dass maximal 100% tragbar sind. Der Grund dafür sind die schwachen staatlichen Strukturen. Dieses Niveau wird Gambia nach den Vorhersagen des IWF erst 2025 erreichen – und auch nur, wenn alle positiven Annahmen, darunter ein ununterbrochenes Wirtschaftswachstum von 5% pro Jahr, eintreten. Das heißt: der Schuldenerlass hätte eigentlich viel weiter gehen müssen.
- Gambia ist auf der Einnahmenseite von der Weltfinanzkrise, wenngleich indirekt, hart getroffen worden. Die wichtigen Einnahmequellen Tourismus und Rücküberweisungen von Gambier/innen im Ausland sind 2009 deutlich zurückgegangen. Mit einer Erholung ist nur allmählich zu rechnen.
- Bis 2007 hat die Gambische Regierung mehr Kredite zu weniger günstigen Bedingungen im Ausland aufgenommen, als unter dem HIPC-Programm eigentlich vereinbart war.

Im Ergebnis bedeutet das, dass Gambia in der Gefahr steht, erneut ein "verlorenes Jahrzehnt" zu erleben. Als "verlorenes Jahrzehnt" bezeichnen Entwicklungsökonomien die Zeit von Mitte der achtziger bis Mitte der neunziger Jahre, als viele Länder Afrikas und Lateinamerikas exorbitant hohe Schuldendienstzahlungen an ihre ausländischen Gläubiger leisteten – in der Erwartung sie würden im Gegenzug permanent frisches Kapital von dort erhalten. Am Ende dieser Phase finanzierte die Neukreditaufnahme hauptsächlich den Schuldendienst, und die Investitionen in Infrastruktur, Sozialsysteme, funktionierende staatliche Apparate etc. blieben auf der Strecke. Erst ab 1996 begannen die Gläubiger im Rahmen der Multilateralen Entschuldungsinitiativen HIPC und MDRI einen Teil der längst uneintreibbar gewordenen Schulden zu streichen – nicht immer in ausreichendem Maße, wie das Beispiel Gambia zeigt.

### **Welche Lösung braucht Gambia jetzt?**

Die HIPC-Entschuldungsinitiative ist von einer sehr willkürlichen Zielgröße für die Entschuldung ausgegangen, deren Unzulänglichkeit die Weltbank selbst schon bald im Rahmen ihrer Schuldentragfähigkeitsanalysen gezeigt hat. Nun ist HIPC nach seinen Regeln ein einmaliger und im Falle Gambias auch bereits abgeschlossener Prozess. Auf neue Probleme könnten die Gläubiger mit der Initiative keine Antwort geben, selbst wenn sie es wollten.

Ein neuer Entschuldungs-Anlauf muss deshalb auf eine neue Grundlage gestellt werden – möglichst eine, die die Fehler von HIPC nicht wiederholt. Der wichtigste Fehler war, dass die Weltbank – als wichtigster Gläubiger der meisten Länder – bestimmt hat, was für jedes Land ein tragfähiges Schuldenniveau ist. Im Falle Gambias war das errechnete Niveau zwar nicht tragfähig, aber es diente dazu, den Schuldenverzicht der Weltbank so gering wie möglich zu halten.

Deshalb muss Gambia selbst die Initiative ergreifen, wenn es sich spürbare Spielräume für Entwicklungsfinanzierung schaffen will. Und beim Schuldendienst gibt es dafür durchaus Substanz. Die Regierung sollte zu diesem Zweck eine unparteiische Instanz, deren Wohl und Wehe weder von Gambia noch von seinen Gläubigern abhängt, damit beauftragen, Schuldentragfähigkeit von der Erreichung dieser multilateral vereinbarten Entwicklungsziele her zu definieren. Anschließend sollte mit Unterstützung der Vereinten Nationen eine umfassende Restrukturierung aller Auslandsverbindlichkeiten angestrebt werden. Das von [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de) vorgeschlagene Internationale Insolvenzverfahren könnte dafür eine Grundlage bieten.

### **Zivilgesellschaft ist ein entscheidender Akteur**

Vor der Reform der HIPC-Initiative beim Kölner G8-Gipfel 1999 war die zentrale Bedingung für die Entschuldung eines Landes die Umsetzung eines Strukturanpassungsprogramms des Internationalen Währungsfonds. Diese hatten häufig eine drastische soziale Polarisierung innerhalb der betroffenen Länder zur Folge.

Mit dem Kölner Gipfel wurde die klassische Strukturanpassung leicht reformiert, und zusätzlich die Bedingung gestellt, dass die betreffende Regierung in Konsultation mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor ein Armutsbekämpfungsprogramm erarbeitete und mit Hilfe der durch den Schuldenerlass frei werdenden Mittel umsetzte. Diese Vorgabe wurde in den verschiedenen Ländern unterschiedlich gut umgesetzt. In Gambia werden dem Prozess von dem deutschen PRSP-Watch-Netzwerk indes gute Noten ausgestellt, so dass der Prozess auch für eine Neubestimmung von tragfähiger Verschuldung und dem daraus resultierenden Schuldenerlass genutzt werden könnte. Ein zentraler Partner dabei war und ist die Plattform gambischer Entwicklungs-NRO's, TANGO, mit der an diesem Punkt zusammengearbeitet werden könnte.

Da auch die Bundesregierung sich - zuletzt im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise – für die Schaffung einer Internationalen Insolvenzordnung einsetzt, wäre hier eine gemeinsame Initiative von Regierungen und Zivilgesellschaft in beiden Ländern möglich. Wie aber schon beim HIPC-Erlass, muss der Anstoß dazu aus der Zivilgesellschaft kommen.

Links:

PRSP – Watch: [www.prsp-watch.de](http://www.prsp-watch.de)

TANGO: [www.members.tripod.com/tangogm](http://www.members.tripod.com/tangogm) , Email: [tango@qanet.gm](mailto:tango@qanet.gm)

[www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de)

Stand: Mai 2010